

BUCHBESPRECHUNGEN

HELMUT ARNDT

MIKROÖKONOMISCHE THEORIE

1. Band: Marktgleichgewicht. 2. Band: Marktprozesse. Verlag: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1966. 266 S. mit 117 Abbildungen, Brosch. 23,50 DM, Ln. 27,50 DM, und 271 S. mit 76 Abbildungen, brosch. 23,50 DM, Ln. 27,50 DM.

Das Buch ist in erster Linie als Lehrbuch für Studenten gedacht. Diesen Zweck erfüllt es auch annähernd im Rahmen der für den vorliegenden ersten Band gesetzten Beschränkung auf die Probleme der statischen und komparativ-statischen Analyse von Gleichgewichtslagen des Marktes. Die dynamischen Vorgänge, die „Prozesse“, werden im zweiten Band behandelt.

Die Darstellung der verschiedenen Marktmodelle ist aber — m. E. — zu sehr mit mathematischen Graphiken — 117 Darstellungen! — belastet, die nicht immer zur Verdeutlichung des im Text behandelten Problems führen. Oft gibt die Graphik nur eine unnötige Wiederholung des schon im Text klar demonstrierten Falles in mathematischer Form. Ob hierdurch der unbefangene Leser wirklich mehr an Einsicht in das Problem gewinnt, ist fraglich. Mir scheint es richtiger, ökonomische Begriffe und Vorgänge erkenntnistheoretisch zu qualifizieren als mathematisch zu quantifizieren.

Mehr als die „Vermathematisierung“ der Ökonomik stört den Fachwissenschaftler das stellenweise Wiedersehen mit längst überholt geglaubten Begriffen und Thesen.

So spricht Arndt von „wirtschaftlichen“ Bedürfnissen (S. 6 u. a.a.O.). Wirtschaftliche Bedürfnisse gibt es nicht. Alle Bedürfnisse sind vorwirtschaftlich. Die Grenznutzenschule, aber auch Nichtgrenznutzler, wie z. B. *Heinrich Dietzel* (in seiner „Theoretischen Sozialökonomie“, 1893), *Franz Oppenheimer* — dieser besonders scharf und ausführlich in seiner „Theoretischen Sozialökonomik“ (1910) und in seinem „System der Soziologie“, 1. Bd., 1. Halbbd., (1922) — und viele andere mehr haben seit Jahrzehnten bewiesen, daß Bedürfnisse niemals ökonomische Kategorien sind, vielmehr vom Standpunkt der Wirtschaftswissenschaften theoretisch nur in solche, die man ohne zu wirtschaften, und in andere, die man durch „wirtschaften“ befriedigen muß, eingeteilt werden können.

Es ist auch falsch, wenn Arndt schreibt: „Wirtschaftliche Bedürfnisse können nur mit Hilfe von Gütern befriedigt werden, die einen Preis haben und in freien Wirtschaftsgesellschaften am Markt gehandelt werden“ (ebenda). Nimmt man diesen Satz wörtlich, so ist dazu zu bemerken, daß auch in der Eigenbedarfsdeckungswirtschaft, bei primitiver Sammlerwirtschaft, durch moderne Schrebergärten und in fast allen Kleinst- und Klein-

bauernstellen Güter zur Bedürfnisdeckung beschafft werden. Ich bezweifle nicht, daß Arndt das selbst sehr genau weiß. Aber: Warum schreibt er dann diesen Satz in ein „Lehrbuch“? Auch sind Feststellungen wie z. B. „Die Bedürfnisse können natürliche sein . . .“, sie können aber auch erworben oder anerzogen sein, wie Musik oder Literatur, wie Theaterbesuche und Fernsehen.“ „Musik“ ist doch kein Bedürfnis. Wohl gibt es ein *Bedürfnis nach Musik*, das aber auch z. B. ein guter Klavierspieler selbst sättigen kann, ohne „Markt“ und „Preis“! (S. vorstehende Kritik!) So gibt es auch nur *Bedürfnisse nach Literatur, Theater, Fernsehen und dergl.*

Arndt dürfte dies wohl auch so gemeint haben. Es sei noch bemerkt, daß er sehr wohl die richtige These von der vorökonomischen Existenz der Bedürfnisse kennt. Er stimmt dieser Feststellung bei Besprechung der Gossen'schen Gesetze der Bedürfnisrangordnung selbst ausdrücklich zu (S. 13). Warum dann die kritisierte These der „wirtschaftlichen Bedürfnisse“?

Arndt schreibt auf Seite 23 ganz richtig: „Haushalte sind Wirtschaftseinheiten, die auf Gütermärkten nur als Nachfrager auftreten, Güter — sofern überhaupt — nur für den eigenen Bedarf herstellen. . .“, wenn er aber fortfährt „und am Arbeitsmarkt nur als Anbieter von Arbeitsleistungen . . . zu finden sind“, so ist dies erkenntniskritisch falsch. Nicht der Haushalt als solcher — er ist und bleibt eine Konsumeinheit —, sondern der arbeitende Mensch, der — logisch gesehen — „zufällig“ auch Mitglied eines Haushaltes ist, bietet Arbeitsleistungen an. Daß er zugleich einem Haushalt angehört, ist wohl praktisch der Fall, aber logisch nur ein „Accidens“, also ein „zufälliges“ Zusammentreffen zweier Merkmale, aber kein „Essentiale“, kein Wesensmerkmal des Begriffs „Haushalt“. Solche und ähnliche unscharfe Unterscheidungen verwirren nur.

Wie Arndt auf S. 26 zu der Feststellung kommt: „ökonomisch nützlich sind *materielle* Güter, die knapp sind“, ist mir unbegreiflich, nachdem seit vielen Jahrzehnten doch unumstritten ist, daß auch „immaterielle“ Güter wie Dienste, Rechte usw. nützliche Objekte sind und gerade deswegen auf dem Markt ihren Preis erzielen. Auch gibt es selbstverständlich in der „geschlossenen Hauswirtschaft“, also in einer marktfreien oder nur teilweise marktverbundenen Wirtschaft, nützliche Güter und Leistungen.

Wenn ferner Arndt ganz richtig Konsumgüter und „Produktal“güter (S. 32, 35 u.a.a.O.) unterscheidet und schreibt: „Die Produktal-güter werden bei der Produktion verwandt, um den Ertrag zu erhöhen und die Kosten zu senken“, so ist — abgesehen von der unschönen Wortbildung „Produktalgüter“ (warum nicht „Produktivkapital“ oder „sachliche

Mittel der Produktion"?) — später ein Widerspruch festzustellen, wenn Arndt die Dreifaktorentheorie vertritt und den Faktor „Boden“ ausdrücklich vom Faktor „Produktal“ trennt. Wenn überhaupt, so ist doch der Boden neben der „Arbeit“ vor allem „produktiv“, müßte also begrifflich dem „Produktal“ an gehören.

Mit der Lehre von den drei Produktionsfaktoren ist der alte Wirrwarr wieder eingeführt, der von der ursprünglichen physiokratischen Auffassung über die englischen Klassiker und ihre Epigonen bis in die neueste Zeit die drei Faktoren der Produktion annimmt, um Grundrente, Lohn und Zins (Profit) als ökonomisch „legitimes“ Einkommen zu erklären. Dabei haben schon viele international berühmte Wissenschaftler — ganz abgesehen von den Sozialisten — bewiesen, daß nur die Arbeit (in jeder Form allerdings auch als geistige Leistung, Unternehmertätigkeit, freiberufliche Arbeit usw.) produktiv ist. Ihre Produktivität wird allerdings durch physisch-technisch-sachliche Hilfsmittel enorm erhöht.

Aber überlassen wir den alten Streit, ob es einen, zwei, drei oder sogar noch mehr Produktionsfaktoren gibt, sich selbst. M. E. gibt es nur den *einen* Produktionsfaktor „Arbeit“. Alle anderen sogenannten Produktionsfaktoren sind Erwerbsquellen, ebenso wie die Arbeit, meinetwegen auch Erwerbsfaktoren, die bei der Produktion i. w. S. des Wortes in der Marktwirtschaft einen Preis und damit auch Einkommen erzielen.

Eins sei aber noch bemerkt, wenn Arndt bei der Kritik von *Oppenheimers* Monopoltheorie des Lohnes (S. 244) schreibt: „Das Grundeigentum (als Ursache eines ‚Klassenmonopols‘, das die Löhne unter den ‚vollen Arbeitswert‘ sinken läßt, Th.) besteht heute noch unverändert, aber die Lage der Fabrikarbeiter hat sich — dank der Zulassung von Gewerkschaften — grundlegend geändert“, so trifft diese Kritik Oppenheimer überhaupt nicht. Denn erstens sieht Oppenheimer im *Großgrundeigentum* den Träger des Klassenmonopols und zweitens hat sich doch das „Grundeigentum“ — man denke an Bodenreform, Ansiedlung von Bauern u. dergl. — sehr gewaltig in den letzten 50 Jahren geändert, so daß heutzutage in Deutschland noch zumeist der „Grenzkuli“ aus dem Ausland herkommt. Seinen Druck auf die „Lohnpyramide“, den Oppenheimer unterstellt, haben allerdings die Gewerkschaften und die derzeitige Vollbeschäftigung kompensiert. Aber: inwiefern sprechen diese zeitweiligen Tatsachen gegen Oppenheimers These? Arndts Darstellung der Oppenheimerschen Lehre (S. 147 ff.) ist ungenau und unklar.

Der 2. Band bringt die „Prozeßtheorie“ der Mikroökonomik. „Im Gegensatz zur Gleichgewichtstheorie geht die Prozeßtheorie von

der Annahme aus, daß das Gleichgewicht gestört ist, ... weil es infolge ständiger Wiederkehr von Datenänderungen ... zu keiner Vollendung der Anpassung kommt.“ Sie analysiert also die Vorgänge in der Marktwirtschaft, in der es niemals zu einem echten Gleichgewicht, höchstens zu einem temporären, labilen Gleichgewicht kommt. Ganz richtig bemerkt Arndt: „Ohne Prozeßtheorie ist rationale Wirtschaftspolitik nicht oder wenigstens nur beschränkt möglich.“

Er beschreibt dann die theoretisch möglichen Vorgänge anhand einer Vielzahl von Modellen, um nach der Methode der abnehmenden Abstraktion die Gesetze zu ermitteln, nach denen sich die Veränderungen auf dem Markt vollziehen. Der Kern der Untersuchung liegt in dem einwandfreien Beweis, daß die Marktwirtschaft nur ein unvollständig wirksamer Mechanismus ist, der praktisch allen nur denkbaren Zielen dienen kann. Sie ist selbst kein Axiom, keine „Weltanschauung“, sondern nur *ein* Mittel zum Zweck neben anderen. Ob sie den primären Zweck des Wirtschaftens der optimalen Bedürfnisdeckung erfüllt, ist problematisch. So auch Arndt: „Der Marktmechanismus steuert nicht das Wohl aller Mitglieder der Gesellschaft an.“ Außerdem funktioniert er nicht reibungslos, er bedarf der „staatlichen“ Steuerung, wie Arndt beweist.

Arndts Theorie ist ein brauchbares Vademekum für jeden, der sich mit moderner Wirtschaftspolitik abgeben will, vor allem heute, da sich das Versagen des ungehemmten Mechanismus deutlich zeigt und nur rationale Wirtschaftspolitik Ärger vermeiden kann.
Dr. Franz Theuert

ARTHUR M. SCHLESINGER

DAS BITTERE ERBE

Vietnam — Prüfstein der Demokratie. Scherz-Verlag, Bern—München—Wien 1967. 144 S., Ln. 14,80 DM.

Seit Arthur M. Schlesingers Buch „Das bittere Erbe. Vietnam — Prüfstein der Demokratie“ vorliegt, kann sich niemand mehr mit dem so sehr strapazierten Linksintellektuellen-Verdacht davon dispensieren, der bitteren Wahrheit über die amerikanische Vietnampolitik ins Gesicht zu sehen. Denn Professor Schlesinger, der in Harvard lehrte und heute Inhaber eines Lehrstuhls für Geschichte an der City University von New York ist, gehört gewiß nicht zu den Linksintellektuellen. Er war Sonderberater Präsident *Kennedys*, und man könnte ihn politisch vielleicht als Liberal-Konservativen bezeichnen. Er hat sich als Wissenschaftler internationale Anerkennung erworben und für sein faszinierendes Buch „Die tausend Tage *Kennedys*“ u. a. den begehrten Pulitzer-Preis erhalten.

Wäre das Thema nicht so makaber, könnte man auch Schlesingers Bericht über die amerikanische Vietnampolitik faszinierend nennen. Die Sachlichkeit, deren Schlesinger sich befließigt, deckt die Absurdität dieser Politik so schonungslos auf, daß der Autor gelegentlich in eine gallige Ironie ausweichen muß, um seine Konsternation und Empörung meistern zu können. Aber das sind Ausnahmen. Im wesentlichen beschränkt das Buch sich auf die nüchterne Darstellung und schonungslose Analyse von Tatsachen. Hier seien einige davon erwähnt:

Die Vereinigten Staaten waren schon zur Zeit des französischen Indochinakrieges so sehr in Vietnam engagiert, daß sie 1954, als Frankreich diesen Krieg verlor, 78,25 Prozent der französischen Kriegskosten trugen. Im selben Jahre entwarf *Eisenhower* die unglückselige Dominotheorie: „Wenn Sie eine Reihe Dominosteine aufstellen und den ersten stoßen, dann kippt sehr schnell auch der letzte um.“ Schlesinger meint dazu: „Obgleich der größte Dominostein, China, fünf Jahre zuvor umgefallen war, ohne eine Kettenreaktion auszulösen.“ Als *Eisenhower* schon damals gemeinsam mit England militärisch intervenieren wollte, damit Indochina nicht den Kommunisten in die Hände falle, antwortete *Churchill*: „Was man von uns verlangt, ist Mithilfe bei der Irreführung des Kongresses, der einer militärischen Operation zustimmen soll, die für sich wirkungslos wäre und die Welt leicht an den Rand eines großen Krieges bringen könnte.“

Entscheidend wichtig ist weiter Schlesingers Nachweis, daß Amerika — entgegen den Behauptungen Washingtons — in keiner Weise verpflichtet war, in Vietnam einzugreifen. Im SEATO-Vertrag, auf den Washington sich beruft, hat Amerika keine solche Verpflichtung übernommen, was damals sogar *Duttes* bestätigte. Und *Eisenhowers* berühmter Brief an Präsident *Diem* vom September 1954 enthielt keine Zusicherung einer militärischen Intervention. Schlesinger spricht in diesem Zusammenhang, was die Behauptungen Washingtons anbelangt, von „historischer und juristischer Verdrehung“.

Abgesehen davon, daß die USA sich in Vietnam engagiert hatten, bevor es überhaupt einen Vietcong gab, glaubt auch Schlesinger, daß der Aufstand in *Südvietnam* ausgebrochen ist und erst zwei Jahre später den offiziellen Segen Hanois erhielt. „Einige Anzeichen sprechen sogar dafür, daß die Kommunisten sich zunächst zurückhielten, weil sie die bald ‚Vietcong‘ genannten südvietnamesischen Guerillas offenbar als Putschisten und Exponenten einer infantilen Linken betrachteten.“ Auch scheine der Vietcong bis 1965 (!) hauptsächlich mit erbeuteten Waffen gekämpft zu haben.

Eines der politisch betrüblichsten Kapitel der amerikanischen Vietnampolitik ist dasjenige der Information Washingtons durch seine Beamten in Saigon. Die amerikanischen Zeitungskorrespondenten berichteten meist das Gegenteil dessen, was die amerikanische Botschaft berichtete. So vertrat Außenminister *Rusk* — Schlesinger erwähnt seinen Namen kein einziges Mal, er spricht nur immer von „dem Außenminister“, so abgründig scheint seine Verachtung des Mannes zu sein — *Rusk* also lobte die Politik des bald darauf ermordeten *Ngo Dinh Diem*, während die amerikanischen Zeitungsleute den Mann einen orientalischen Despoten und seine Politik einen erfolglosen Schwindel nannten und die amerikanische Botschaft bezichtigten, sie dauernd zu belügen. „Die tiefere Ironie der Situation entging ihnen: daß nämlich die Beamten ihren eigenen Berichten wirklich glaubten...“

Dann untersucht Schlesinger die Gültigkeit der von *Johnson* befolgten — oder sollte man sagen: der mit *Johnson* gespielten — Politik der Eskalation: „Die Theorie lautet natürlich, die Ausweitung des Krieges werde seine Abkürzung bewirken. Diese These scheint auf drei Überzeugungen zu basieren: erstens, daß der Krieg in Nordvietnam entschieden wird; zweitens, daß das Risiko eines Kriegseintritts Chinas oder der Sowjetunion minimal ist; und drittens, daß ein militärischer ‚Sieg‘ in irgendeiner Form möglich ist.“

Dazu meint Schlesinger zunächst, es sei eine Illusion, zu glauben, daß der Krieg im Norden entschieden werde: „Unsere Regierung hat so oft beteuert, daß es sich bei dem Krieg in Südvietnam — mit Präsident *Johnsons* Worten — um ‚eine niederträchtige und unrechtmäßige Aggression über die Grenze dieser kleinen Nation‘ handle, daß sie mittlerweile selbst glaubt, der Krieg sei in Hanoi begonnen worden und könne nur dort beendet werden. Die verlässlichsten Zeugnisse sprechen jedoch dafür, daß der Krieg als eine Erhebung innerhalb Südvietnams begann...“ Deshalb könne man dem menschenfreundlichen Rat General *LeMays* folgen und Nordvietnam in die Steinzeit zurück bombardieren — der Krieg würde in Südvietnam trotzdem weitergehen.

Was den Glauben an ein Nichteingreifen Chinas anbelangt, so weist Schlesinger mit Recht auf das Beispiel des Koreakrieges hin: Als die Amerikaner den 38. Breitengrad überschritten, griff China ein, obgleich General *MacArthur* — „auch einer von diesen militärischen Experten für orientalische Psychologie“ — das Risiko eines chinesischen Eingreifens als sehr gering bezeichnet hatte. Wann besteht diesmal die Gefahr eines chinesischen Eingreifens? „Wahrscheinlich dann, wenn die Chinesen ihre Grenze direkt bedroht sehen, sei es durch Luftangriffe oder durch die amerikanische Entscheidung, den 17. Breitengrad zu überschreiten und in Nordvietnam einzumarschieren.“

schieren." (Was „Ministerpräsident" *Ky* in Saigon schon seit langem fordert.)

Schließlich: Ist ein militärischer Sieg möglich? Die amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam haben bisher genau das Gegenteil dessen bewirkt, was sie bewirken sollten. Sie haben die chinesische und sowjetische Hilfe an Nordvietnam zu einer kommunistischen Ehrenpflicht und einer Sache der Konkurrenz gemacht. Die Zunahme der Hilfe ist wirtschaftlich höher als die Einbuße durch die Bombardierungen. Dabei hatte General *Ridgway* schon im Koreakrieg festgestellt, „daß es unmöglich ist, die Nachschublinien einer asiatischen Armee allein durch die Luftmacht zu sperren". Deshalb ist der Glaube an einen Sieg durch Bombenangriffe „eine grausame Form des Selbstbetrugs". Durch die Zerstörung der vietnamesischen Sozialstruktur schafft man weiter eben die Bedingungen, unter denen China mühelos die Kontrolle über Vietnam gewinnen könnte. Schließlich haben die amerikanischen Bomben Hanoi näher an die Seite Chinas getrieben. Die Voraussetzungen für einen Erfolg der Politik der Eskalation sind also nicht gegeben.

Wie hat sich Amerika in diese Situation hineinmanövriert? Nach Schlesingers Ansicht — zu der freilich noch einiges hinzuzufügen wäre — dank der Illusion von der amerikanischen Allmacht und Allwissenheit. Der Ruf nach weiterer Eskalation könne „einer unterdrückten Wut entspringen, daß wir zwar genügend militärische Macht besitzen, die Welt in die Luft zu sprengen, aber dennoch nicht in *der* Lage sind, Guerillabanden in schwarzen Pyjamas, die weder Flugzeuge noch Artillerie haben, unseren Willen aufzuzwingen".

Ein weiteres Kapitel ist der Frage gewidmet, ob China wirklich der eigentliche Feind in Vietnam sei. Sarkastisch kritisiert und zielt Schlesinger das Staatsdepartement, wo man immer noch an eine zentral gesteuerte kommunistische Weltverschwörung glaube und offenbar vom Zerfall des kommunistischen Universums noch keine Kenntnis genommen habe. Unter Hinweis auf Nordkorea, das sich Peking gegenüber verselbständigt hat, meint Schlesinger: „Die bloße Tatsache, daß ein Staat sich kommunistisch nennt, ist somit nicht mehr automatisch ein Beweis, daß er der russischen oder chinesischen Expansion als gefügiges Werkzeug dienen wird." (Wobei erst noch untersucht werden müßte, was es mit diesem angeblichen Expansionswillen heute in Wahrheit auf sich hat.)

Schlesinger weist dann darauf hin, daß die meisten der neuen nationalistischen Regime in den Entwicklungsländern nichts für den Kommunismus übrig haben und gelangt zu dem Schluß: „In den Ungewissen Jahrzehnten, die vor uns liegen, könnte das stärkste Bollwerk gegen einen aggressiven nationalkommunistischen Staat unter bestimmten Bedingungen sehr wohl der Nationalkommunismus in um-

liegenden Staaten sein. Eine rationale Politik zur Eindämmung Chinas hätte in Rechnung stellen sollen, daß ein kommunistisches Vietnam unter *Ho* zu diesem Zweck besser geeignet sein könnte als ein wankendes Regime in Saigon unter Führung von rechtsstehenden Mandarinen und Luftwaffengenerälen."

Aber der Präsident der USA versteht nach Schlesinger kaum die Ostküste seines eigenen Landes, „wie kommt er nur darauf, daß er die Ostküste Asiens begreifen kann?". Offenbar spielt da jene „tief im historischen Bewußtsein der Vereinigten Staaten eingebettete Frage, ob die Amerikaner ein auserwähltes Volk sind", eine Rolle.

Schließlich versucht Schlesinger noch einen möglichen Ausweg aufzuzeigen. Er tritt sowohl für einen Stopp der Eskalation wie für ein Halten der Front ein. Die Bombardierung des Nordens sei als konkreter Beweis des Verhandlungswillens einzustellen. Der Beweis ist deshalb nötig, weil *Ho Tschih Minh* allen Grund hat, den Amerikanern zu mißtrauen. Er ist bisher mindestens zweimal vom Westen am Konferenztisch um den auf dem Schlachtfeld eroberten Gewinn betrogen worden. Als Endziel schwebt Schlesinger eine Neutralisierung Vietnams vor, wobei er meint, daß die *Vietcong* sich vielleicht als politisch unabhängiger erweisen könnten, als man gemeinhin annimmt. Freilich: „Zuweilen hat man den Eindruck, als würde in bestimmten Washingtoner Amtsstuben nichts größere Bestürzung auslösen als die Zustimmung Hanois zu Verhandlungen." Eine weitere Voraussetzung wäre die Einsetzung einer echten Zivilregierung in Saigon, die Marschall *Ky* — dieses „Frankenstein-Ungeheuer" — ablösen und endlich einmal etwas für die Bauern tun würde. „Statt die amerikanischen Interessen mit denen *Kys* zu identifizieren, hätten wir schon längst eine Bewegung mit dem Ziel einer Zivilregierung guthießen sollen, die die wesentlichen politischen Kräfte des Landes vertritt und in der Lage ist, sowohl die Armee zu reformieren als auch Sozialreformprogramme durchzuführen."

Damit konnte nur eben stichwortartig der Inhalt dieses so wichtigen Buches wiedergegeben werden, dem in der „Aufklärungsliteratur" über Vietnam ein erster Platz zukommt. Manche der von Schlesinger aufgeworfenen Probleme — vor allem, was Wesen und Intentionen des asiatischen Kommunismus anbelangt — wären noch zu vertiefen. Aber das Buch ist in erster Linie aus Sorge um den Bestand der amerikanischen Demokratie geschrieben worden, denn nicht zuletzt ist das Verhalten Amerikas in diesem schaurigen Vietnamkonflikt ein — wie es im Untertitel heißt — „Prüfstein der Demokratie". Deshalb auch, und nicht nur wegen der weltpolitischen Auswirkungen dieses Konflikts, geht es uns alle an.

Dr. Arnold Künzli

IGNAZIO SILONE

NOTAUSGANG

Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1966. 291 S.,
Ln. 17,80 DM.

„Ich kann nur für meine Aufrichtigkeit bürgen, nicht für meine Objektivität.“ Dies Wort aus dem Lebensbericht „Notausgang“ könnte man als Motto über die vorliegende Sammlung von Erzählungen und Essays setzen. Es charakterisiert Stärke und Schwäche Silones.

Über den Ausgangspunkt seines Lebens und Schaffens schreibt er in dem gleichen Bericht: „Sowohl die Tatsachen, die meine Empörung veranlaßten, als auch die moralischen Beweggründe, die sie rechtfertigten, hingen mit meiner engsten Heimat zusammen. Der Schritt von der Resignation zur Revolte war kurz: Man brauchte nur die Grundsätze, die für das Privatleben galten, auf die Gesellschaft anzuwenden. Damit erkläre ich mir, daß sich alles, was ich bisher geschrieben habe, und wahrscheinlich auch alles, was ich noch schreiben werde, obwohl ich viele Reisen gemacht und lange im Ausland gelebt habe, nur auf das kleine Stück meiner Heimat bezieht, das man von dem Haus überblicken konnte, in dem ich geboren bin.“

Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunisten vergaß er nie, woher und warum er sich ihrer Bewegung angeschlossen hatte und maß ihre Berechtigung und Wahrhaftigkeit an den Veränderungen im Humanen, die sie bewirken konnte und wollte. Als er erfahren mußte, daß die Solidarität und Loyalität, die er zwischen den Menschen seiner Heimat vermißte und die er für unersetzlich in einem Gemeinwesen hielt, von den kommunistischen Führern mit Füßen getreten wurde, begann er sich vom Kommunismus zu lösen. Den endgültigen Bruch vollzog er in der Schweiz, wohin er sich vor den Faschisten flüchten mußte.

Silone beschreibt in einfacher Sprache und eindringlichen Bildern die Welt, aus der er stammt (Besuch in einem Gefängnis — Giuditta — Polikuschka — Schmerzliche Heimkehr). Obwohl er hier nur das kleine Stück seiner Heimat darstellt, „das man von dem Haus überblicken konnte, in dem ich geboren bin“, ist es wichtig, sie durch ihn kennenzulernen; denn es ist die Welt und Mentalität jener halb- und unterentwickelten Völker, die vor den Toren der Industriegesellschaften stehen (in Millionen und bald Milliarden, nicht in Zehntausenden und Tausenden, wie in den Elendsgebieten Italiens). Was Silone hier beschreibt, wird in Europa immer mehr verschwinden, vor den Toren Europas immer dringlicher um Einlaß begehren.

Diese Folgerung zieht er nicht. Die sozialpolitischen Essays (Gedanken über den Fortschritt — Die Wohlstandssphinx — Die überraschenden Folgen staatlicher Unterstützung — Wohlstand und moralisches Verhalten — Welche Aussichten?) erweisen ihn zwar als einen

vorurteilsfreien Schriftsteller, aber das, was er für sich selbst entdeckt hat, „nachdem ich mich von der Parteipolitik entfernt hatte“, ist weder neu noch öffnet es hilfreich Türen aus dem Dilemma Fortschritt — Wohlstand — Freiheit. Das alles ist vor ihm und auch nach ihm gründlicher untersucht und — wie z. B. von seinem Landsmann *Danilo Dolci* — auch praktisch erprobt worden.

Dort, wo Silone wiederum ganz persönliche Erfahrungen an seiner humanitären Gesinnung mißt und aufrichtige Folgerungen zieht (Die Situation der Ehemaligen — Die Wahl der Gefährten — Die Lehre von Budapest) ist er dann der überragende politische Schriftsteller, dessen Stimme unüberhörbar und unersetzlich ist in dem Chor derer, denen Solidarität und Loyalität für die Gestaltung der Zukunft der Menschen wichtiger sind als der Sieg noch so logischer und bestrickender Doktrinen. Am Schluß seines Essays „Die Lehre von Budapest“ formuliert er das so: „Es gibt also kein Land, das von der Krise unserer Zeit verschont bleibt. Es gibt keine geographischen Grenzen mehr für Frieden, Freiheit und Wahrheit. Diese Grenzen verlaufen im Inneren eines jeden Landes und in jedem von uns. Was können wir tun? *Julius Hay* hat einen Offensiv- und Defensivpakt mit der Wahrheit vorgeschlagen. Ich glaube, das ist das Richtige. Wir müssen uns mit der Wahrheit aussöhnen und eine direkte Beziehung zu ihr herstellen. Wir müssen ein für allemal auf die Vermittler verzichten, auf alle, die uns befehlen, wann wir die Augen öffnen oder schließen und was wir denken sollen. Vielleicht ist das, nach der Lehre von Budapest, das Wichtigste für die Intellektuellen, die man die Linken nennt. Es ist unsere Aufgabe, die Wahrheiten des Volkes kennenzulernen und ihm die unseren nahezubringen.“

Anne-Marie Fabian

KARLHEINZ NICLAUSS

DIE SOWJETUNION UND HITLERS
MACHTERGREIFUNG

Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935. Ludwig Rohrscheid Verlag, Bonn 1966, 208 S., kart. 24,— DM.

Diese als Band 29 der „Bonner Historischen Forschungen“ erschienene Studie untersucht vor allem unter Benützung der unveröffentlichten deutschen diplomatischen Dokumente die deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1929 bis 1935 und etwas darüber hinaus. Am interessantesten ist natürlich, was der Autor darüber zu sagen hat, wie sich das Dritte Reich zur Sowjetmacht verhielt.

Trotz der innenpolitischen Verfolgung der Kommunisten und trotz mancher propagandistischer Ausfälle ließ es sich *Hitler* im Anfang angelegen sein, halbwegs normale Beziehungen zu Moskau aufrechtzuerhalten. Die

geheime militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr, und Roter Armee aus den Tagen der Weimarer Republik wurde zwar abgebrochen, aber es geschah ohne jede Feindseligkeit. Beide Seiten bemühten sich, ein freundliches Gesicht zu bewahren. Auf deutscher Seite mag dazu beigetragen haben, daß sich im ersten Stadium des Dritten Reiches, als man es sich noch nicht leisten konnte, die Welt herauszufordern, vernünftige Diplomaten sich zur Geltung bringen konnten.

Am bemerkenswertesten an Niclauss' streng sachlicher Darstellung ist aber das Kapitel, das über sein eigentliches Thema hinausgeht und in dem er die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts von 1939 schildert. 1936 und 1937 sei von sowjetischer Seite mehrfach angeregt worden, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland im vollen Umfang wiederherzustellen. Konkret wird angeführt, daß nach Vorverhandlungen der Chef der Handelsmission in Berlin, *Kandelaki*, im Januar 1937 bei Wirtschaftsminister *Schacht* erschien und ihm im Namen von *Stalin* und *Molotow* den Wunsch nach Verhandlungen über die Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen und über den allgemeinen Frieden überbrachte. Hitler und *Neurath* beschlossen damals, auf das sowjetische Angebot nicht einzugehen. Man gab *Kandelaki* einen mehr abwartenden als ablehnenden Bescheid.

Die Einzelheiten der deutsch-sowjetischen Politik aus den Jahren 1935—1938 machen dem Autor zufolge deutlich, „daß die Möglichkeiten einer Verständigung zwischen den beiden totalitären Staaten eigentlich immer latent vorhanden waren.“

Danach ist der bald zu einem Freundschaftspakt ausgebauten Nichtangriffsvertrag vom August 1939 zwischen Berlin und Moskau kein plötzlicher Einfall des nach einer Flankendeckung für den Angriff auf Polen Ausschau haltenden Hitler gewesen, sondern das Ergebnis einer Entwicklung, die Jahre zurücklag und mit dem wilden Antifaschismus, den Moskau zur Schau trug, in unüberwindlichem Widerspruch stand.

Dr. J. W. Brügel

MANFRED LÜTGENHORST

DER KOLOSS

Report über das Ruhrgebiet — die größte Industrielandschaft Europas. Verlag Kurt Desch GmbH, München, Wien, Basel 1967. 320 S., Ln. 24,80 DM.

Dieses Buch ist selbst ein Koloß: Um so viele Gemeinplätze aufzunehmen, um soviel Pseudopopularität auszustrahlen, muß man ein Koloß sein. Das strömt über von sog. Heimatliebe, das klopft sich auf die Schultern vor sozialem Understatement, das spuckt Zahlen aus wie Bonbons und beschreibt Menschen wie in den Dienstmädchenliedern vergangener Zeiten. Vor den Vereinfachungen dieses Verfassers ist nichts

sicher: nicht *Jürgen von Manger*, nicht das Oberhausener Kurzfilmfestival, nicht die Ruhrfestspiele, nicht die Gruppe 61, nicht *Berthold Beitz* usw. Der Verfasser vergeht sich auch an dem schönen Wort „malochen“ und weiß so umwerfende Sachen über das Jahr 2000 zu sagen, daß man es lieber nicht erleben möchte. O Disneyland — o Ruhrgebiet!

Dies ist eines der umfassendsten Bücher über das Ruhrgebiet seit langem. Um im Idiom des Reviers zu bleiben: Es zieht einem die Schuhe aus.

Anne-Marie Fabian

ROGER SCOTT

THE DEVELOPMENT OF TRADE UNIONS IN UGANDA

East African Publishing House, Nairobi 1966. 200 S., Karte. 27 ostafrik. Shillings.

Empirisches Material über afrikanische Gewerkschaften liegt nur spärlich vor und ist zumeist sehr schwer zugänglich. So gebührt dem Autor im voraus Dank für sein Bemühen. Scott hat das Material während seiner dreijährigen Studien- und Lehrtätigkeit am East African Institute of Social Research in Kampala zusammengetragen.

Die Darstellung der gewerkschaftlichen Tätigkeit in Uganda von ihren Anfängen (1938) bis heute gibt zugleich eine interessante Einführung in die wirtschaftlichen und sozialen Probleme dieses innerafrikanischen Landes. Die ausführlichere Schilderung des Werdeganges einzelner Gewerkschaften läßt spezifische Fragen deutlich werden, so z. B. das Problem der organisatorischen Erfassung der Wanderarbeiter oder des solidarischen Arbeitnehmer Verhaltens, das — wie bei der Eisenbahngewerkschaft — letztlich doch der stärker verwurzelten Stammes- oder Rassenzugehörigkeit unterliegt.

Sehr interessant ist etwa, wenn Scott über die größte, aber instabilste Gewerkschaft, die *National Union of Plantation Workers*, berichtet. Die Arbeitnehmer kleiner und oftmals weitverstreut liegender Kaffee- und Baumwollplantagen wurden hier mit ihren Kollegen von den Zucker- und Teeplantagen in einer Gewerkschaft erfaßt. Dabei finden sich Arbeitnehmer, die gelegentlich einige Stunden aushilfsweise arbeiten, mit jenen zusammen, für die das Arbeitsverhältnis auf den Plantagen gleichzeitig Unterkunft und Verpflegung, Erziehung und ärztliche Betreuung umfaßt.

Die Einstellung der Gewerkschaften zum Nationalismus, mit anderen Worten ihre politische Rolle im Staat, wird in einem besonderen Kapitel aufgegriffen, die ugandische Lösung geschildert. Desgleichen das Problem ausländischer Hilfe — und ihrer Koordination — für die Gewerkschaften. Diese Frage hat gerade in Uganda, dem Land, in dem der IBFG seine

erste internationale Gewerkschaftsschule auf afrikanischem Boden eröffnete, zeitweilig zu heftigen Diskussionen geführt.

Die Schilderung der Ereignisse erfolgt in sachlicher, gut verständlicher Form. Kurze erläuternde oder theoretische Einschübe weisen auf die Kernfragen hin und vermitteln auch dem Leser ohne besondere landeskundliche Vorkenntnisse ein abgerundetes Bild von den gewerkschaftlichen Problemen des Landes. Manche der angeschnittenen Probleme sind zweifellos auch über die Grenzen dieses Staates hinaus aktuell. Das geschilderte ugandische Beispiel gibt Anregungen für eine mögliche Lösung, womit jedoch nicht gesagt werden soll, daß die ugandische Lösung stets die empfehlenswerteste sei.

Als gedankliche Anregung, als Information und als Beitrag zum Verständnis afrikanischer Gewerkschaftsprobleme kann das Buch jedem Kollegen, der als Betreuer oder Berater mit ausländischen Gewerkschaftern in Berührung kommt, empfohlen werden, wenn auch das Schlußkapitel — der Versuch eines theoretisch untermauerten Vergleichs mit anderen afrikanischen Ländern — nicht sehr zufriedenstellend ausgefallen ist.

Ingrid Heidernann

LOTTE MÜLLER-OHLSSEN

WIRTSCHAFTSPLANUNG UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN FRANKREICH

Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, J. C. B. Mohr (Paul Siebedi) Verlag, Tübingen 1967. 178 S., fcart. 36,— DM.

Als achtzigster Band der Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel legt Dr. Lotte Müller-Ohlsen eine Untersuchung über die Zusammenhänge von Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum in Frankreich vor. Die „Planification“, wie das französische System der Wirtschaftsplanung genannt wird, hat ja nicht nur die Planarbeit in anderen westlichen Ländern und in der EWG befruchtet, sondern war in den letzten Jahren auch Gegenstand zahlreicher wirtschaftswissenschaftlicher Studien.

Einmal weil unter den im Grunde marktwirtschaftlich orientierten Staaten Frankreich schon vor mehr als zwanzig Jahren mit der Planung begonnen hat und daher ein reiches Erfahrungsmaterial vorliegt, zum anderen aber weil diese Erfahrungen eben im Rahmen der Marktwirtschaft gewonnen wurden und im Gegensatz zu der Planwirtschaft der Ostländer darüber Aufschluß geben, wie und inwieweit sich Plan und Markt als Antriebskräfte des wirtschaftlichen Geschehens vereinen lassen.

Nach einer detaillierten und mit reichlichem Tabellenmaterial unterbauten Darstellung der französischen Planungsmethoden, ihres Werdens, ihrer Institutionen und ihres Funktionierens

wirft die Autorin die Frage auf, welchen Einfluß die Planifikation auf das Wirtschaftswachstum in Frankreich gehabt hat. Ihm zu dienen, die Modernisierung der französischen Wirtschaft voranzutreiben, war ja das Ziel, das sich der Initiator der Wirtschaftsplanung Frankreichs, *Jean Monnet*, gesetzt hatte.

Lotte Müller-Ohlsens Untersuchung, die übrigens den Vorzug aufweist, auch für Nichtfachleute gut lesbar und verständlich zu sein, kommt nun zu dem Schluß, daß eine wissenschaftlich unanfechtbare Antwort auf diese Frage nicht gegeben werden kann. Seit 1952 ist zwar in Frankreich ein spürbarer wirtschaftlicher Ruck nach vorn zu beobachten, doch ist angesichts des vorwiegend indikativen Charakters der französischen Planung nicht ohne weiteres mit Sicherheit festzustellen, in welchem Ausmaß dies auf die Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens durch den Plan zurückzuführen ist.

Trotz unleugbarer Schwächen und Fehler in der Planung nimmt die Verfasserin aber an, daß die Auswirkung der Planung auf das Wirtschaftswachstum in Frankreich durchaus positiv zu werten ist. Insbesondere habe die Planung einen überaus günstigen psychologischen Einfluß gehabt und entscheidend dazu beigetragen, die Passivität, die früher viele abhängige und unabhängige Träger des wirtschaftlichen Geschehens in Frankreich kennzeichnete und weitgehend für die wirtschaftliche Stagnation des Landes in den vorhergegangenen Jahrzehnten verantwortlich war, zu brechen und die Initiative zu beleben. Daß es sich bei der Planung in Frankreich nicht um eine normative handelt und daß an ihr alle Wirtschaftskreise in Kommissionen und Facharbeitsgruppen mitwirken, den Plan also mit aufstellen, habe sich neben den staatlichen Einflußmöglichkeiten infolge des ausgedehnten staatlichen Eigenbesitzes in der Wirtschaft recht vorteilhaft auf die Realisierung der Pläne ausgewirkt und mit dazu beigetragen, der französischen Planifikation die internationale Beachtung zu sichern, deren sie sich erfreut.

Walter Gyssling

PHILIPP HERDER-DORNEICH SOZIALE KYBERNETIK

Die Theorie der Scheine. Verlag W. Kohlhammer GmbH, Köln 1965. 144 S., kart. 14,80 DM.

Schon *Norbert Wiener* hatte die politische Ökonomie — als Teilgebiet der Soziologie — der Kybernetik zugeordnet. Bereiche der Betriebswirtschaftslehre vor allem und hier besonders die Organisationstheorie werden denn auch zunehmend von Kybernetikern neu durchdacht. Auch die Zukunftsforschung, die Plandaten ermitteln hilft, nimmt aufgrund kybernetischer Erkenntnisse, welche selbstverständlich ebenfalls für Unternehmensplanun-

gen relevant sind, ständig an Bedeutung zu. Belege hierfür finden sich u. a. in den ausgezeichneten Büchern von *Karl Steinbuch* — „Automat und Mensch“, „Die informierte Gesellschaft“ — und in den leider wenig bekannten Publikationen zur Organisationskybernetik, die im Schnelle-Verlag in Quickborn erscheinen.

An diesen Veröffentlichungen gemessen, bietet *Herder-Dorneich* in „Soziale Kybernetik“ wenig Neues. Allerdings zeigt er sehr schlüssig, daß bei der sozialen Steuerung durch Scheine (Gutscheine, Berechtigungsscheine, Geldscheine, Wahlscheine, Zulassungen usw.) praktikable Modelle kybernetischer Regelkreise — nachrichtenverarbeitend und mit Rückkopplung — in Funktion beobachtet werden können. Die etwas weitschweifige Einführung in die Kybernetik und auch die allzu ausführliche Beschreibung der Steuerung durch Scheine selbst hätten ohne Informationsverlust erheblich gestrafft werden können. Ein interessanter und wissenschaftlicher Teilaspekt der Kybernetik ist hier über Gebühr ausgewalzt

worden. Das enttäuscht insofern besonders, als durch die langatmige Darstellung eine Reihe wissenschaftlicher Details nicht recht zur Geltung kommt, und möglicherweise der eine oder andere die Lektüre resignierend aufgibt, ehe er im Schlußkapitel lesen kann:

„In allen Fällen, wo eine marktwirtschaftliche Ordnung zur Lösung sozialpolitischer Probleme nicht oder nicht befriedigend funktioniert, bleibt nun nicht mehr die zentrale Verwaltung mit ihren Zwangsmaßnahmen als einzige Alternative. Eine Fülle von Möglichkeiten des Zusammenspiels freiheitlicher Kräfte bietet sich an. Zur Analyse dieser Möglichkeiten vermag die Theorie der Scheine beizutragen.“

Schön, gut und richtig! Aber eben diesen Beitrag zur Analyse vermißt man in dem vorliegenden Buch leider weitgehend. Hier ist zuviel die Rede davon, was ist und wie das Bestehende funktioniert; zu kurz kommt dabei, was sein soll und wie man dahin kommt, wünschenswerte Ziele zu erreichen.

Günther Heyder